



## **Kurzfassung des Parteiprogramms 2010 Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie**

### **UNSERE GRUNDWERTE: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie stehen in der Tradition des revolutionären Dreigestirns „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Das Projekt der Aufklärung bleibt solange unerfüllt, als Freiheit vorab als Freiheit der Besitzenden verstanden und durchgesetzt wird.

#### **1. Freiheit**

Nur eine Gesellschaft, in der es die Gleichheit an Freiheiten gibt, ist eine freiheitliche Gesellschaft.

Die SP Schweiz verteidigt die Freiheitsrechte, insbesondere die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.

Wir setzen politischem Irrationalismus und religiösem Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen.

#### **2. Gerechtigkeit**

Kern der sozialen Gerechtigkeit ist die gesellschaftliche Gleichstellung der Menschen. Dazu gehören einklagbare soziale Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Existenzsicherung.

Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe, seiner religiösen und sexuellen Orientierung, seiner Herkunft und Nationalität die gleichen Lebenschancen haben.

#### **3. Solidarität**

Solidarität ist bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die bedrohte Natur. Es geht der SP Schweiz um den Einsatz für alle statt für wenige, für die heute Lebenden wie die Nachgeborenen, im eigenen Land und weltweit.

### **UNSERE VISION: der demokratische Sozialismus**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine visionäre Tradition. Die Vision heisst demokratischer Sozialismus. Dieser beruht auf unseren Grundwerten, achtet die unantastbare Würde des Menschen und befreit ihn von Ausbeutung, Unterdrückung und Not. Kern des demokratischen Sozialismus ist die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche unserer Gesellschaft.

#### **1. Die Demokratisierung der Wirtschaft**

Die SP Schweiz ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat die Vision einer

Wirtschaftsordnung vor Augen, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet.

Heute führt der globalisierte Kapitalismus zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft, statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Der Staat verliert an Macht, die Demokratie an Boden, das private Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie. Das vorherrschende kapitalistische Produktionsmodell übernutzt die biologische Kapazität der Erde.

Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen. Wir wollen die Menschen aus fremdbestimmter Erwerbsarbeit befreien und die Diskriminierung der Frauen beseitigen. Wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert, in der wir gerne leben.

## **2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht**

Den Kern der Demokratisierung der Wirtschaft bildet die Demokratisierung der Eigentumsordnung. Sie ist auch deshalb wichtig, weil Grossunternehmen gesellschaftliche Machtfaktoren sind und international tätige Finanz- und Industriekonzerne sich nationalstaatlichen Regulierungen überhaupt entziehen.

Die SP will das persönliche und das gewerbliche Eigentum nicht abschaffen. Sie steht für eine sozialpflichtige, nach ökologischen und ökonomischen Aufgaben unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung. In der Wirtschaftsdemokratie liegt insbesondere der Boden im Eigentum der öffentlichen Hand, der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der gemeinnützigen Baugenossenschaften sowie der Selbstnutzer und -nutzerinnen.

## **3. Eine gerechte und friedliche Weltordnung**

Es gibt keinen demokratischen Sozialismus ohne eine gerechte, friedliche und nachhaltige Weltordnung. Es darf nicht sein, dass Handelswaren nur deshalb konkurrenzfähiger sind, weil sie mit Zwangs- und Kinderarbeit, mit unterbezahlter Arbeit oder unter schlechten Arbeitsbedingungen produziert werden oder weil für die Zerstörung der Umwelt niemand aufkommen muss. Wir wollen eine Weltwirtschaft, die den Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermaßen dient.

Die SP setzt sich für die Abschaffung der Schweizer Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden. Unsere Vision ist ein kollektives Sicherheitssystem unter Führung der UNO, das für Gewaltfreiheit und Sicherheit sorgt sowie Strategien gegen menschenverachtende Regime und zerfallende Staaten entwickelt. Ziel ist die Abschaffung der Armeen und deren Ersatz durch internationale Truppen zur Friedenserhaltung.

## **4. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen**

Das heutige Produktionssystem beutet sowohl die Arbeitenden als auch die Natur aus. Es muss zu einem geschlossenen Kreislauf umgebaut werden, in dem die bisherigen Abfallstoffe die Ausgangsstoffe neuer Produktionszyklen sind. Ziel ist die Ressourcengerechtigkeit – niemand soll mehr Ressourcen verbrauchen, als sie den anderen und in der Zukunft allen gleichermaßen zustehen.

Erst dieser sozial-ökologische Umbau unseres Produktionssystems schafft die Grundlage für mehr und bessere Arbeitsplätze und für eine Befriedigung der materiellen Bedürfnisse im globalen Massstab.

## **UNSER WEG**

### **1. Für eine zukunftsfähige Wirtschaftsdemokratie**

Zur Wirtschaftsdemokratie führen verschiedene Modelle wie: die Erhaltung des Service public und dessen Ausdehnung auf weitere, auch transnationale Bereiche; der Ausbau des Genossenschaftswesens in Produktion, Dienstleistung und Wohnen; eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital in den grossen, auch in den transnationalen Unternehmungen; der Umbau von Aktiengesellschaften in selbstverwaltete Mitarbeitergesellschaften; die Umwidmung des Pensionskassenkapitals zugunsten einer sozial-ökologischen Wirtschaft sowie die Demokratisierung internationaler Institutionen mit wirtschaftslenkender Zuständigkeit.

Auf ihrem Weg zur Wirtschaftsdemokratie setzt die SP sich ein für ein Bodenrecht, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, mit einer Steuer abschöpft. Der Anteil der Wohnbaugenossenschaften ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln.

In der neuen Wirtschaftsordnung hat auch der Markt eine Aufgabe zu erfüllen. Damit der Markt jedoch seine Qualitäten ausspielen kann, muss die Politik ihn steuern, ihm Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten. Zudem ist für die SP klar, dass unsere wichtigsten Lebensgrundlagen Wasser, Luft und auch grosse Landflächen (Wälder, Seen, Berge usw.) nicht Teil einer freien Marktwirtschaft sein können.

### **2. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern**

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet. Die SP Schweiz will diesen Trend umkehren, das Steuersystem in den Dienst der Verteilungsgerechtigkeit stellen und die Sozialpflichtigkeit zur Grundlage einer neuen Eigentumsordnung machen.

Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn den Lebensunterhalt für sich und seine/ ihre Kinder bestreiten können. Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir für einen gesetzlich garantierten, existenzsichernden Mindestlohn ein.

Alle auf temporären Erwerbsausfall ausgerichteten Versicherungen sind in einer einzigen allgemeinen Erwerbsversicherung (inkl. Elternschaft) zusammenzufassen. In der Altersvorsorge soll das Gewicht von den Pensionskassen auf die AHV verlagert werden, damit diese endlich das Verfassungsziel erreicht, den Existenzbedarf im Alter angemessen zu decken.

Subsidiär zur allgemeinen Erwerbsversicherung und zum existenzsichernden Mindestlohn soll eine garantierte Grundsicherung dafür sorgen, dass auch jene ein würdiges Leben führen können, die keine traditionelle Erwerbsarbeit leisten.

Eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung soll als Teil des Service public für alle, unabhängig von Alter, Behinderung, Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Aufenthaltsstatus, gleichermassen gewährleistet bleiben und die besonderen Bedürfnisse aller Lebensalter sowie das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen achten. Dazu braucht es die obligatorische Grundversicherung mit einem Leistungskatalog, der die

Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung abdeckt. Die Finanzierung der Krankenversicherung muss einkommensabhängig erfolgen. Eine eidgenössische Gesundheitskasse soll dem Pseudowettbewerb der Krankenkassen um gute Risiken ein Ende setzen und die Versorgungsqualität insbesondere für ältere und chronisch Kranke sowie Behinderte verbessern.

### **3. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten**

Bildung ist ein hoher Wert, das Recht auf Bildung ein Menschenrecht. Besser gebildete Menschen sind eher in der Lage, den Schwankungen und Unsicherheiten des Arbeitsmarktes standzuhalten. Wir lehnen die Ökonomisierung der Bildung ab und beharren auf ihrer emanzipativen Aufgabe und auf der grundlegenden Bedeutung von ‚zweckfreier‘ Allgemeinbildung für unsere Kultur. Bildung ist eine Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Innovation und Forschung bilden eine wichtige Grundlage für Fortschritt und Wohlstand. Ihnen kommt auch im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu.

Für die SP Schweiz ist Bildung Teil des Service public. Alle sollen ein Leben lang freien Zugang zu Bildung erhalten. Die Durchlässigkeit muss auf allen Stufen gewährleistet sein. Schichtspezifische Hindernisse sind zu beseitigen. Es braucht familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen, ein integratives Schulsystem, den Ausbau des Stipendienwesens, ein Recht auf Berufslehre und ein Recht auf Berufsbildung für Erwachsene mit wenig Vorbildung.

Das duale Berufsbildungssystem bedeutet ein Schlüsselement für die Integration in die Arbeitswelt. Dafür entscheidend ist ein ausreichend grosses Lehrstellenangebot, an dem sich auch jene internationalen Konzerne und Wirtschaftssektoren beteiligen müssen, die bisher keine Berufsbildungstradition aufweisen.

Die Förderung einer international vernetzten, ethisch fundierten Wissenschaft und Forschung ist zu intensivieren. Die Freiheit von Forschung und Lehre geht den Ansprüchen der Wirtschaft vor. Humanwissenschaften, Kunst und Kultur sind Teil der Wissensgesellschaft und gleichbedeutend wie die technischen Wissenschaften.

### **4. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken**

Der demokratische Staat gehört zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer guten Gesellschaft. Die direkte Demokratie ist die der Schweiz angemessene Regierungsform. Wir verteidigen die direkte Demokratie gegen eine Kritik, die sie als ineffizient, zu langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnet.

So wichtig die Demokratie jedoch ist, auch eine Mehrheit darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen in den Menschenrechten und im Völkerrecht. Der Rechtsstaat muss durch die Einführung eines Verfassungsgerichts gestärkt werden.

Aber auch die direkte Demokratie bedarf der Demokratisierung, soll sie nicht zu einer Domäne des Kapitals und der von ihm ausgehaltenen Organisationen werden. Die SP Schweiz fordert mehr Transparenz und eine öffentliche Parteienfinanzierung. Alle müssen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten – gleichen Zugang zur Öffentlichkeit haben.

Die direktdemokratischen Instrumente müssen verfeinert werden durch ein Initiativrecht auf Gesetzesstufe, damit sich die Verfassung nicht in Einzelheiten verliert; ein konstruktives Referendum, um Gesetze nicht nur ablehnen, sondern auch verbessern zu können; eine neue Form der Volksinitiative, damit das Volk dem Bundesrat auch in der Aussenpolitik Handlungsaufträge erteilen kann.

Wir wollen niedergelassenen Eingewanderten das Stimm- und Wahlrecht gewähren und Menschen, die seit längerem in der Schweiz leben oder hier geboren sind, erleichtert einbürgern. Das Stimm- und Wahlrechtsalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden.

## **5. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit**

Der Ort, wo heute und in Zukunft europäische Politik gemacht wird, ist die Europäische Union. Die zahlreichen bilateralen Verträge mit der EU verhelfen der Schweiz zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es zeichnet sich aber ab, dass der bilaterale Weg steiler und steiniger wird. Der schleichende Souveränitätsverlust durch die automatische Übernahme von EU-Recht kann nur durch den mit einem Beitritt verbundenen Souveränitätsgewinn kompensiert werden.

Mit ihrem Beitritt zur EU muss sich die Schweiz dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und demokratisiert wird und den Service public nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet.

Die Schweiz muss auch weltweit ihre Verantwortung wahrnehmen und fünf zentrale Handlungsfelder bearbeiten: fairen Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz, Regulierung der Finanzmärkte und gute Regierungsführung. Die öffentliche Entwicklungshilfe muss einen Anteil von 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen übersteigen.

Die Schweiz soll für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschen-rechtlicher Standards in multi- und bilateralen Wirtschaftsabkommen eintreten und aktiv gegen die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – vorgehen. Multilaterale Regulierungen haben den Vorrang vor bilateralen Abkommen.

Es braucht eine Überwachung der Kapitalverkehrsströme, um namentlich Spekulationen gegen einzelne Staaten zu verhindern, sowie eine Finanztransaktionssteuer, die zur Stabilität des internationalen Finanzsystems beiträgt und schon auf regionaler Ebene eingeführt werden kann.

Die SP Schweiz setzt sich für global und demokratisch legitimierte Institutionen mit Kompetenzen der Rechtssetzung und der Rechtsdurchsetzung ein, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

## **6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen**

Um den Klimawandel nicht weiter zu verschärfen, ist es unerlässlich, den Energieverbrauch pro Person auf einen Drittel, also 2000 Watt, und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um rund 80 Prozent, auf maximal eine Tonne pro Person und Jahr, zu senken. Die SP startet eine Cleantech-Offensive mit dem langfristigen Ziel, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz ausschliesslich aus erneuerbaren Energien zu speisen. Als Zwischenziel soll er ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dies erhöht die Lebensqualität, schafft Arbeitsplätze und holt die Wertschöpfung von den Rohstoffkonzernen zu den Schweizer KMU zurück.

Die Schweiz hat ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs, die Förderung des Langsamverkehrs und einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zudem müssen die Arbeitswege der Menschen kürzer werden. Verdichtetes Bauen soll einer Zersiedelung entgegenwirken.

Es braucht Kostenwahrheit, auch im Flugverkehr.

## **7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen**

Trotz beträchtlicher Errungenschaften sind wir von echter Gleichstellung nach wie vor weit entfernt. Solange Frauen den ungleich grösseren Teil ihrer Arbeitskraft für die unbezahlte Familien- und Betreuungsarbeit aufwenden, bleiben sie von höheren Positionen weitgehend ausgeschlossen. Die Feminisierung dieser Arbeit ist begleitet von der Feminisierung der Armut. Der Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit‘ ist prioritär anzugehen. Die Arbeitgebenden sollen beweisen, dass sie mit ihren Löhnen niemand diskriminieren.

Die bezahlte Lebensarbeitszeit ist so auszugestalten, dass Frauen und Männern Zeit bleibt, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu pflegen und die unbezahlte Arbeit unter sich gerecht zu verteilen.

Die Steuern werden in Richtung Individualbesteuerung umgebaut, damit ein vom Zivilstand unabhängiges Steuersystem entsteht.

Die politische Beteiligung der Frauen in der Schweiz ist noch nicht gefestigt. Die SP will klare gesetzliche Rahmenbedingungen, Programme und Zeitpläne, um den Frauenanteil in Politik, Verwaltung und anderen öffentlichen Positionen zu erhöhen.